

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Bestellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . Kr. 16.-
vierteljährlich . . . 48.-
halbjährlich . . . 96.-
jährlich . . . 192.-

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Die Brest-Litovsker Bestialitäten Gegenstand eines gerichtlichen Wahrheitsbeweises?

Warschau, 28. Febr. (Eigenbericht.) Ein politischer Prozeß, in dem zum erstenmal die Vorgänge von Brest-Litowsk vor einem polnischen Gericht ausführlich dargestellt und nachgeprüft werden sollen, beginnt in der nächsten Woche in Bromberg. Ein Gerichtsbeschluss hat in einem Verfahren einen Wahrheitsbeweis für die Anklagen der Opposition über das Schicksal ihrer Führer in Brest-Litowsk zugelassen.

Wie die Presse meldet, sind mehrere höhere Justizbeamte in Bromberg eingetroffen und haben mit den zuständigen Richtern verhandelt. Der Präsident des Bromberger Landesgerichtes ist daraufhin zurückgetreten, der Gerichtsbeschluss besteht jedoch noch weiter. Es sollen nicht weniger als 15 führende Parlamentarier der Opposition als Zeugen in Bromberg erscheinen, darunter Dr. Liebermann, Witos und Korjantch.

Schlussbericht der Agrarkonferenz.

Paris, 28. Febr. Die Konferenz zur Verwertung der Uberschüsse der fünfjährigen Getreideernten schloß heute ihre Tagung mit der Annahme eines Schlussberichtes über die Ergebnisse ihrer Beratungen. Der Bericht wurde Briand als dem Vorsitzenden der Studienkommission der europäischen Union vorgelegt.

Der Schlussbericht konstatiert, daß das Problem des Abwages der Getreideernten nicht nur eine europäische, sondern eine Weltfrage sei. Die notwendige Verringerung des europäischen Marktes mit russischem Getreide habe eine Verschärfung der Krise zur Folge gehabt. Was speziell die Versorgung anlangt, welche die Donau-Agrarkonferenz fordern, so verweist der Bericht auf den Zusatzbeschluss zu dem Schlußakte der im November v. J. stattgefundenen Genfer Konferenz. Zudem bezieht sich der Bericht auf verschiedene Maßnahmen, insbesondere mit der Erleichterung der Getreide-Einfuhr hinsichtlich der Transport- und Finanzprobleme.

Der Reichstangler fährt nicht nach Wien

Wien, 28. Febr. (AP.) Reichstangler Dr. Brünning hat an Bundeskanzler Dr. Ender ein Schreiben gerichtet, worin es u. a. heißt: „In meinem antriebsvollen Bedauern treten im letzten Augenblick infolge der innerpolitischen Lage so dringende Geschäfte an mich heran, daß es mir nicht möglich ist, der Einladung der österreichischen Regierung nach Wien Folge zu leisten. Es ist für mich eine wirkliche Enttäuschung, auf diesen Besuch, der mir so sehr am Herzen liegt, vorläufig verzichten zu müssen.“ Schließlich gibt der Reichstangler Dr. Brünning den besten Wünschen für einen guten Verlauf des Besuchs seines Freundes und Kollegen Dr. Curtius Ausdruck.

Gemeindewahlen in Braunschweig.

Berlin, 28. Febr. (Eigenbericht.) Die morgen in Braunschweig stattfindenden Wahlen zu den Gemeindevvertretungen bieten eine Gelegenheit zur Feststellung, ob sich die Stimmung der Bevölkerung seit den Reichstagswahlen vom 14. September des Vorjahres geändert hat. Wenn Braunschweiger auch zu den reinsten Wählern gehört, so besitzt es doch eine Regierung unter nationalsozialistischer Führung und es wird sich hier zeigen, welche Wirkungen ihre Tätigkeit bei der Bevölkerung ausgelöst hat.

Trotki schwer krank.

Berlin, 28. Febr. Wie die Blätter aus Stambul melden, liegt Trotzki wieder schwer erkrankt auf der Insel Principe darnieder.

Kanada gegen die russische Einfuhr.

Ottawa, 28. Febr. (Reuters.) Durch einen Entschluß des Ministerrats wurde die Einfuhr von Holz, Zapanholz, Holz, Alben und Bergpore aus der Sowjetunion nach Kanada verboten. Der Komptroller nach Kanada veröffentlicht eine Erklärende Kommuniqué veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Die Regierung ist überzeugt, daß Baubolz und Kohle in Russland erzeugt wird, das Holz der Jungwälder gewonnen werden und daß der dortige Lebensstandard unter jedem Niveau liegt, das hier denkbar wäre. Wir müssen es ablehnen, den Kommunismus, sein wachsendes Ansehen und seine Früchte durch gegenseitige Handelsbeziehungen zu unterstützen.

Grundsätzliche Einigung in Rom.

Paris und die anderen Seemächte werden offiziell verständigt

Rom, 28. Febr. Die Agentur Stefani gibt bekannt: In Verfolg der freundschaftlichen und im Geiste herzlicher Zusammenarbeit geführten Besprechungen, die in diesen Tagen zwischen den englischen Ministern Henderson und Alexander einerseits und dem Regierungschef sowie den italienischen Ministern des Auswärtigen und der Marine andererseits stattfanden, wurde eine grundsätzliche Einigung in den auf der Londoner Flottenkonferenz nicht gelösten Fragen erzielt. Die Formeln noch der französischen Regierung unterbreitet werden und die Minister Henderson und Alexander reisen zu diesem Zwecke heute nach Paris ab.

Wenn die französische Regierung den Vorschlägen zustimmt, so werden sie den Regierungen der Vereinigten Staaten, Japans, Großbritanniens und der britischen Dominien, die auf der Londoner Konferenz vertreten waren, vorgelegt werden.

Die englischen Minister Henderson und Alexander sowie die englischen Sachverständigen sind um zwei Uhr nachmittags nach Paris abgereist, wo sie morgen nachmittag sofort mit Briand und Dumont Beratungen haben werden.

Um Frankreichs Zustimmung.

London, 28. Febr. Einer Neutermeldung aus Rom zufolge erklärte Henderson nach der Einigung mit der italienischen Regierung in der Flottenfrage, er habe allen Grund zu der Annahme, daß sein zweiter Besuch in Paris ihn ebenso befriedigen werde, wie der Besuch in Rom. Neuer zufolge wird die Vereinbarung wahrscheinlich eine *De modis vivendi* bis zur Abrüstungskonferenz im Jahre 1936 sein. Zugleich werde sie Frankreich und Italien gestatten, sich an dem Londoner Flottenvertrag zu halten. Die britische Delegation erwiderte den versöhnlichen Geist der italienischen Regierung an, der zu der Einigung geführt habe.

Der Streit um die Gewerkschafts- bill.

Liberaler Abänderungsantrag unannehmbar.

London, 28. Febr. (Reuters.) Der Generalsekretär des Kongresses der Trade Unions sandte an den Premierminister MacDonald eine Inschrift, in der erklärt wird, daß der liberale Abänderungsantrag zu dem Gesetzentwurf über die Industriekonflikte die Trade Unions in eine weit schlechtere Lage versetzen würde, als sie je vor dem Jahre 1871 bestanden, und daß es das Ziel desselben sei, die ganze Trade Unions-Bewegung unmöglich zu machen. Er sei deshalb unannehmbar.

London, 28. Febr. „Daily Express“ schreibt über die Lage des Kabinetts: Das Kabinett ist in der Frage, welche Stellung es nach der Abstimmung über den liberalen Gesetzentwurf zu dem Gesetzentwurf über die Industriekonflikte einnehmen soll, sehr uneinig. Einige Kabinettsmitglieder sind der Ansicht, die Vorlage müsse zu *réfugiés* werden, andere dagegen glauben, daß es im Laufe der heutigen Verhandlung der Vorlage und der weiteren Debatten möglich sein werde, die Liberalen zu einer Meinungsänderung zu bewegen. Die Regierung wird Dienstag ihre Entscheidung in dieser Angelegenheit mitteilen.

„Daily Telegraph“ schreibt, die Mehrzahl der Arbeiter-Abgeordneten sei über die Vorlagen sehr erbittert. Sie beharren darauf, daß sich die Regierung in keine weiteren Verhandlungen mit ihnen einlassen solle.

Moskau empfängt deutsche Industrielle.

Moskau, 28. Febr. Die Gruppe der deutschen Industriellen, die eine Studienreise nach der Sowjetunion angetreten hat, ist heute in Moskau eingetroffen. Am Bahnhof wurden die Industriellen von Vertretern der deutschen Botschaft und der Auslandsabteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates des Außenministeriums empfangen. An der Grenze war die Delegation bereits von einem Vertreter des Obersten Volkswirtschaftsrates namens des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates, Ordshonikidze, begrüßt worden.

Ein Sparkommissär in Oesterreich.

Wien, 28. Febr. Wie die heutigen Morgenblätter melden, sind neureisende Vereinfachungen im gesamten österreichischen Verwaltungswesen durch die Ernennung eines Kommissars für Verwaltungsreform geplant, dessen Ernennung demnächst erfolgen soll. Der neue Kommissar für Verwaltungsreform wird unmittelbar dem Bundeskanzler unterstellt sein. Geplant sind eine Reform der Steuer sowie der Justizverwaltung, eine Reform der Zentralämter und Erparungen im Amtsbetrieb zwischen Bundes- und Landesverwaltung. Die Verwaltungsreform soll sich noch für das laufende Budgetjahr 1931 auswirken.

Forderungen der spanischen Gewerkschaften.

Madrid, 27. Febr. Der spanische Gewerkschaftsbund hat im Anschluß an den gestrigen Empfang einer Abordnung durch den Ministerpräsidenten an die Regierung folgende Forderungen gestellt:

1. Offizielle Anerkennung des Gewerkschaftsverbandes und aller ihm angeschlossenen Syndikate, sofortige Genehmigung ihrer Statuten.
2. Erlaubnis zur Abhaltung einer Landeskonferenz im März und eines Landeskongresses im April.
3. Freilassung der politischen Gefangenen, die seit fünf Monaten im Madrider Gefängnis untergebracht sind.
4. Wiederherstellung aller verfassungsmäßigen Garantien in ganz Spanien, Abschaffung der Zensur und eine allgemeine Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Die eingekerkerten Führer von den spanischen Linksparteien sandidiert.

Madrid, 28. Febr. Die Republikaner und Sozialisten haben den Entschluß gefaßt, gemeinsam an den Gemeindevahlen teilzunehmen. Als Kandidaten werden wahrscheinlich die zur Zeit eingekerkerten Führer der Republikaner und der Sozialisten nominiert werden. Beide Parteien wollen dadurch — falls diese Führer gewählt werden sollten — deren Amnestierung provozieren.

Gemeindewahlrecht für die japanischen Frauen.

Tokio, 28. Febr. (Reuters.) Das Unterhaus nahm einen Gesetzentwurf an, durch den die Frauen das gleiche Wahlrecht in die autonomen Körperschaften der Städte und Dörfer erhalten wie es die Männer besitzen. Diese Maßnahme wird als ein Schritt zur Gewährung des allgemeinen Wahlrechtes für Frauen bei den Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften angesehen. Der Gesetzentwurf geht jetzt dem Oberhaus zu.

Neue Schwierigkeiten in Indien.

New Delhi, 28. Febr. Die Aussicht auf eine Einigung über die Verfassungsfragen wird heute ungünstiger beurteilt, weil die Gegenanschläge, die der Bischof Ghandi gemacht hat, im Anschluß des nationalen Kongresses auf Widerstand stoßen. In amtlichen Kreisen wird das Gerücht von einem Abbruch der Verhandlungen zwischen dem Bischof und Ghandi zwar dementiert, jedoch verlautet, daß man in drei sehr wichtigen Fragen noch nicht zu einer Einigung gelangt sei. Die größten Schwierigkeiten bereitet nach wie vor Ghandis Forderung nach einer Unterjochung der Ubergasse, die sich die Polizei nach Ansicht der Nationalisten bei der Unterdrückung von Kundgebungen zu Schulden kommen ließ.

Ein politischer Gaunertrick

„1918 versprochen und die Sozialdemokraten ein Leben in Wohlstand und Würde. Sie versprochen jedem Menschen das Recht auf Arbeit und Brot. — Heute, nach 13 Jahren, danken deutsche Arbeiter in Löwen, für die das Wort Wohlstand zu schabe ist, während die Gauner und Schieber in Palästen wohnen. Millionen von deutschen Arbeitern aber, verteidigen man das Recht auf Arbeit!“

Diese Züge stammen aus der Einladung zu einer nationalsozialistischen Versammlung. Sie sind der Ausdruck einer niederträchtigen Methode, deren sich momentan im ganzen Lande Gaunertrick und Kommunisten bedienen: die Sozialdemokratie schuldig zu sprechen für die Verbrechen der kapitalistischen Katastrophenordnung. Nicht der Kapitalismus wird auf die Anklagebank verwiesen, weil er die primitivsten Lebensbedürfnisse der arbeitenden Massen nicht zu erfüllen vermag, sondern die Partei der Arbeiterklasse, die sich mit allen Kräften bemüht, den Arbeiter in ihren schwersten Stunden hilfreich beizustehen. Mit diesem frechen Täuschungsversuch muß einmal vor der proletarischen Öffentlichkeit unerbittlich abgerechnet werden.

Welch eine Verwegenheit, für die heute in Deutschland herrschende Massenarbeitslosigkeit die Sozialdemokratie oder den Marxismus schlechthin verantwortlich zu machen! Soweit sie ihre Wurzeln in dem verlorenen Kriege hat, tragen jene monarchistischen und kapitalistischen Wächter die Alleinverantwortung daran, die das deutsche Volk gewissenlos in das Abenteuer eines Krieges gegen die ganze Welt stürzten. Wie sagt doch der ehemalige deutsche Kronprinz in seinem Erinnerungsbuch? Man höre:

„Dank einer unglaublich blinden Führung unserer äußeren Politik, sind wir so in den Krieg hineingekipert. So groß war die Beschränkung der verantwortlichen Stellen, — daß man der ganzen Welt ungläubig erwidern konnte, daß sie solche Einfaltigkeit nicht für möglich halten wollte, sie für eine lang gewohnte Waise nahm, hinter der sich ein besonders gerissener Plan verbergen mocht.“

Der hohenzollernische Ankläger verschweigt, wie weit die unglaubliche Blindheit und Beschränktheit seines eigenen Vaters — des Kaisers Wilhelm — zu dem Unglück des deutschen Volkes beigetragen hat, welches 1914, nicht erst 1918! — seinen Anfang nahm. Gegen die Hauptkriegsverbrecher verlieren die Gaunertrick kein Wort, aus zarter Rücksicht auf die monarchistischen Offiziere, Grafen und Prinzen, welche in Deutschland dieser — man lache nicht! — „Arbeiterpartei“ angehören.

Die Hitlerjünger bei uns und draußen zeteren nur über das „Novemberverbrechen“ im Jahre 1918, welches die Sozialdemokratie angeblich begangen haben soll. In ihren Augen war es eine verruchte Schandtat, daß die Arbeiterschaft in dem Augenblicke, wo sich Wilhelm und Ludendorff feige aus dem Staube machten, wo der Kampf an allen Fronten verloren war und die verbündeten bulgarischen und österreich-ungarischen Armeen bereits seit Wochen in Auflösung begriffen waren, daß die Arbeiterschaft damals dem morschen monarchistischen System den verdienten Fußtritt gab und mit ihren Händen die deutsche Republik aufbaute. Sie wollen nun den Marxismus für das ganze Nachkriegsgeld des deutschen Volkes haftbar machen. Abgesehen davon, daß auch die republikanische Regierungsform die schicksalvolle Tatsache der deutschen Niederlage mit allen ihren Folgen nicht auslösen konnte, ist es eine handgreifliche Unterjochung, zu sagen, die Sozialdemokratie wäre im Nachkriegsdeutschland die entscheidende Macht gewesen und die Millionen Arbeiterleser auf ihr Schuldtonto zu buchen. Niemand hat sich die deutsche Nation in ihrer Mehrheit für die Vereitelung des kapitalistischen Wirtschaftssystems entschieden. Alle Wahlsprünge nach dem Umsturz haben bürgerlich-kapitalistische Mehrheiten ergeben. Oder sind die Sozialdemokraten deshalb an der Arbeitslosigkeit schuld, weil sie in Preußen drei

Ministerstellen und zeitweilig im Reich mitregiert haben? Das wäre wohl primitivste Demagogie, die Teilnehmer der Regierungsgewalt mit dem geltenden Wirtschaftssystem zu identifizieren. In Thüringen, in Braunschweig, wo halenkrenzlerische Minister mitregieren, sind noch lange nicht die nationalsozialistischen Wirtschaftstheorien — das Schwundgeld des Herrn Jung und die unverzinslichen Staatsanleihen des Herrn Feder — realisiert. Will etwa trotzdem Herr Fried die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit in Thüringen und Herr Franzen für die Wirtschaftskrise in Braunschweig übernehmen?

Sollends offenbar wird der nationalsozialistische Schwund bei einem Blick auf die Weltarbeitslosigkeit. Nicht nur Deutschland zählt Millionen Erwerbsloser, sondern auch das siegreiche England, Welcher „Dolchstoß“ hat sie jenseits des Meridianals ums Brot gebracht? Ist wohl der Marxismus auch schuld an der Arbeitslosigkeit in Nordamerika, dem Lande der nichtmarxistischen Arbeiterbewegung, in dessen Bundesparlament kein einziger sozialistischer Abgeordneter sitzt? Und schließlich hat doch auch das faschistische Italien fast eine Million Arbeitsloser. Ist Matteotti dafür verantwortlich oder Mussolini? Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist oder freiwillig in politischer Umnachtung lebt, muß anerkennen, daß die Weltarbeitslosigkeit eine Frucht des weltumspannenden kapitalistischen Wirtschaftschlages ist, die Folge eines mörderischen Rationalisierungsprozesses, das Resultat toller Planlosigkeit in der Erzeugung und Warenverteilung.

Die Sozialdemokratie vermag weder in der allgemeinen Wirtschaftspolitik, noch gegenüber dem Arbeitslosenproblem, freilich vermag sie nicht die Weltwirtschaftskrise zu bannen, weil sie an zwei entscheidenden Punkten, — auf dem ganzen amerikanischen Kontinent und im sowjetrussischen Riesenterritorium — auf die Gestaltung der Dinge keinen Einfluß nehmen kann. Ueberall, wo der demokratische Sozialismus als Machtfaktor in Erscheinung tritt, hat er ein klares Krisenbekämpfungsprogramm: Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, planmäßige Organisation der Produktion und des Verbrauches, wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker und Erdteile. Schon die Arbeitszeitverkürzung, welche noch im Rahmen dieser Wirtschaftsordnung zu verwirklichen wäre, stößt auf gewaltige Widerstände. Jeder Versuch, mehr Schönheit und Würde in das Arbeiterleben hineinzutragen, dem proletarischen Menschen ein größeres Stück Brot zu verschaffen, begegnet der erbarmungslosen Hartnäckigkeit der Geldsackinteressen. Ach ja, manchmal liest man sogar in bürgerlichen Blättern einige bedauernde Worte über die Arbeitslosennot. Wehe aber, wenn zur Linderung dieser Not ein Opfer der Besitzenden verlangt wird, dann sind alle Teufel los!

Es ist ein altbekannter Gaunertrick, wenn der ertappte Verbrecher auf der Flucht nach Leibeskraften schreit: haltet den

Dieb! — damit seine Verfolger abgelenkt werden. Diesen Gaunertrick will nun der Kapitalismus in die Politik übertragen, indem er, verfolgt von der Erbitterung der Krisenopfer, durch seine halenkrenzlerischen Sprachrohre in das Volk hinausschreien läßt: die Sozialdemokratie hat versagt. Gegen den Vormarsch der sozialistischen Arbeiterbewegung soll ein neuer Damm von Vorurteilen in den arbeitenden Menschen angesetzt werden. Dieser Rogtäuscherei sagen wir unerbittlichen Kampf an. Der Marxismus denkt gar nicht daran, sich in eine Abwehrstellung drängen zu lassen, sondern die ganze Schärfe

der marxistischen Kritik wird sich in Zukunft mehr denn je gegen das fluchbeladene kapitalistische System und seine politischen Helfer richten. Kapitalismus oder Sozialismus? — lautet die Schicksalsfrage der Gegenwart! Die arbeitenden Massen aller Völker müssen sich entscheiden, ob sie durch zielbewußten Kampf um die Beherrschung von Staat und Wirtschaft ihr menschliches, wirtschaftliches und politisches Selbstbestimmungsrecht erobern wollen. Der demokratische Sozialismus wird dafür sorgen, daß diese fälschliche Entscheidung gegen den Kapitalismus und seine politischen Landknechte ausfällt!

Mietzinserhöhung am 1. März 1931.

Die Arbeitsstelle der deutschen Mietervereine teilt mit:

Es besteht vielfach die Auffassung, daß ab 1. März 1931 generelle Mietererhöhungen zulässig sind. Diese Ansicht ist irrig. Das Mieterschutzgesetz in der Fassung vom 26. Februar 1930, Sg. Nr. 166, sieht zweierlei neue Mietererhöhungen vor:

1. Bei jenen Betriebsstätten, die nicht Bestandteil einer Wohnung sind (Läden, selbständige Magazine und Werkstätten etc.) ist gegenüber dem bisherigen Stande der Gefehgebung eine weitere Mietererhöhung um 10 Prozent vom Grundzins (Zins vom 1. August 1914 oder der früheren ersten Vermietung) zulässig, wenn diese Betriebsstätte eine mittlere ist und vor dem 1. Mai 1924 bereits an den Mieter vermietet war; geschah dies nach dem 1. Mai 1924, dann beträgt die Erhöhung nur 80 Prozent vom Grundzins.

2. Handelt es sich um eine große Betriebsstätte, so ist unter den sonstigen gleichen Voraussetzungen eine Steigerung um weitere 160 Prozent des Grundzinses zulässig.

3. Bei Wohnungsmietern ist der Hausbesitzer berechtigt, den Grundzins um nicht mehr als 240 Prozent zu erhöhen, wenn der Mieter nach der letzten rechtskräftigen Beschreibung ein Einkommen von mehr als

45.000 K jährlich versteuert hat. Hat der Mieter für drei Kinder zu sorgen, so darf die Steigerung nicht mehr als 215 Prozent betragen, hat er für vier Kinder und mehr zu sorgen, dann ist eine Steigerung nur um 190 Prozent zulässig. Hierbei ist es jedoch gleichgültig, ob es sich um eine große oder kleine Wohnung handelt. Auf andere Mietobjekte als Wohnungen findet diese Vorschrift keine Anwendung. Selbstverständlich müssen bei Geltendmachung dieser Erhöhung die bisherigen Steigerungen des Zinses, ausgenommen jene, welche infolge der erhöhten Verwaltungsauslagen zu entrichten sind, berücksichtigt werden. Enthält beispielsweise der Mietzins bereits eine allgemeine Erhöhung von 130 Prozent des Grundzinses, dann ist eben nur ein weiterer Zuschlag von 110 Prozent, bzw. 85 Prozent oder gar nur 60 Prozent zulässig.

Eine Steigerung greift nur dort Platz, wo sie der Hausbesitzer rechtzeitig verlangt hat. Bei Unanwaltsmieten, bei denen der Zins bereits bis Ende März entrichtet wurde, kann die Steigerung erst ab 1. April 1931 gefordert werden. Das gleiche gilt sinngemäß für Monatsmieten. Sonstige neue Mietererhöhungen kennt das Gesetz, ausgenommen den Fall der Mietererhöhungen gegenüber dem Staat, den Ländern, Bezirken und Gemeinden und deren Unternehmungen, wenn diese als Mieter in Betracht kommen, nicht.

Die Allerschuld des tschechoslowakischen Staates an der Weltwirtschaftskrise.

Im allgemeinen nimmt man an, daß auch bürgerliche Politiker einen Begriff von den weltwirtschaftlichen Problemen haben und daß sie es schon ihrem Ansehen schuldig sind, über die schweren Erschütterungen der Weltwirtschaft, wie wir sie in der Gegenwart erleben, nicht mit innerbilligen oder albernen Floskeln hinwegzugehen. Der Vizepräsident der Partei des Hauptorgans der Deutschen Nationalpartei hat es jedoch nicht notwendig, sich mit derartigem Ballast zu belagern. Er verkündete in der Bezirksvertretung am 24. Februar, als Anträge zur Linderung der Not der Arbeitslosen verhandelt wurden, im höchsten Pathos:

„Schuld an der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise ist einzig und allein der tschechoslowakische Staat.“

Da haben wir immer geglaubt, die Krise in Tschechoslowakei sei eine Leiterscheinung der Weltwirtschaftskrise, haben die Auffassung vertreten, die Ursache der Weltwirtschaftskrise liege in der Überproduktion, an dem Mangel an Absatzgebieten, in der Ver-

drängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschinen, in der dadurch gesunkenen Kaufkraft der Massen, und nun kommt der Herr Vizepräsident eines nationalparteilichen Tagblattes und behauptet alle, daß dem eben nicht so sei und daß die Schuld „einzig und allein“ die Tschechoslowakei trifft.

Hoffentlich führt diese phänomenale Enthüllung nicht zu diplomatischen Verwicklungen; es wäre eine Katastrophe, wenn es den von der Wirtschaftskrise betroffenen Großstaaten, wie Deutschland, England, Amerika, einfallen sollte, die Tschechoslowakei für ihre „einzig und alleinige Schuld“ zur Verantwortung zu ziehen.

Aber der Herr Vizepräsident wird es wahrscheinlich gar nicht so tragisch gemeint haben. Vermutlich hat er nur an die Verhältnisse im tschechoslowakischen Staat gedacht. Allerdings hätte aber für ihn als völkisch eingestellten Mann, Vizepräsident und Politiker, im Grunde genommen nicht der Staat, sondern der „Reich“ schuldig zu sein!

Nun kann es uns zwar nicht obliegen, den bürgerlichen, d. h. den kapitalistischen tschechoslowakischen Klassenstaat zu rechtfertigen, aber wir glauben den Herrn Vizepräsidenten aus seiner hilflosen Abmüdigkeit zu befreien,

Kriegsschiff zu verkaufen.

London, 28. Februar. Vom amerikanischen Marineamt wird in Ausführung des auf der Londoner Flottenkonferenz getroffenen Abkommens ein 21 Jahre altes Kriegsschiff zum Verkauf angeboten.

wenn wir ihn auf ein paar Dinge aufmerksam machen, die mit seiner Beweisführung nicht ganz übereinstimmen.

Den Reichsausschuss stand als Direktor ein gewisser Herr Doderer vor. Von ihm ist bekannt, daß er völkisch eingestellt ist und bis vor kurzem zu den Parteigenossen des Herrn Hauptgeschäftsführer Horner zählte. Warum hat dieser gewiß einflußreiche frühere National- und jetzige Arbeits- und Wirtschaftsparteiler die Stilllegung dieses Betriebes nicht verhindert und damit vielen Hunderten deutscher Arbeiter das bittere Los der Arbeitslosigkeit erspart? Ist da auch der Staat „einzig und allein schuld“?

Die Firma Schicht in Auffig ist deutsch. Keinerdeinzig sogar und wiederholt wurde sie von deutschnationalen Blättern, auch von jenem, dessen Hauptgeschäftsführer der Herr Horner ist, als das Muster eines deutschen Großbetriebes hingestellt. Durch ihre Fusionierung mit der Centra und durch die Einstellung neuer Maschinen wurden an die 200 Arbeiter drohlos. Wie wird der Staat diese Schuld löshen?

In seiner Donnerstag-Ausgabe druckt das Blatt des Herrn Hauptgeschäftsführers Horner ohne ein Wort eines Kommentars und ohne ein Wort der Kritik eine Mitteilung der Industrie des Harde-Steinshöner Gebietes über den Streik in der dortigen Glasindustrie ab. Darinnen heißt es u. a.:

„Ursprünglich bestand die Absicht, an die Arbeiter mit einem Ansehen zur Herbeiführung eines 10prozentigen generellen Lohnabbaues heranzutreten. Dieser Antrag wurde jedoch auf 15 Prozent ermäßigt. Bei den letzten Verhandlungen beim Reichsausschuss am 14. Februar wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Bis zu einem Wochenverdienst von 120 K kein Abzug;
2. sollte eine Glasfabrik nur drei Tage in der Woche arbeiten müssen, ebenfalls kein Abzug;
3. bei vierstündiger Arbeit in der Woche ein Abzug von 2 1/2 Prozent;
4. bei fünfstündiger Arbeit in der Woche ein Abzug von 5 Prozent;
5. bei voller Arbeit in der Woche ein Abzug von 7 Prozent, wobei in allen Fällen der Wochenverdienst von 120 K ohne Abzug verbleiben sollte.

Diese Vereinbarung sollte provisorisch bis 30. April gelten. Die Arbeiterverbände haben dieses Angebot schroff abgelehnt, so daß am 23. Februar die am 7. Februar angefangenen Lohnkürzungen automatisch in Kraft getreten sind.“

Da sich nun die Arbeiter weigern, das Lohnedikt der in ihrer Mehrheit deutschnationalen Unternehmer anzunehmen, wurden sie, weit über 1500 an der Zahl, fristlos entlassen!

Da nach der Diktion des Herrn Hauptgeschäftsführers Horner die Allerschuld des Staates unzweifelhaft erwiesen ist, bleibt nur die Annahme übrig, daß die parteimäßig dem Herrn Hauptgeschäftsführer Horner sehr nahestehenden Glasindustriellen mit dem „einzig und allein schuldigen Staat“ unter einer Decke stecken. In anderen Fällen befinden sich die Tatsachen in einem beträchtlichen Widerspruch mit der Auffassung des Herrn Hauptgeschäftsführers Horner, den aufzuklären, wir ihn freundlichst eruchen!

Die goldene Galeere

Ein Roman aus der Filmindustrie.

Von Fritz Sternfeld.

Verlag: 1930 in E. Döcker Verlagsgesellschaft, Berlin.

„Dreitausend Mark!“, sagte Usar mit erhobenem Zeigefinger. „Dreitausend Mark!“

„Dreitausend Mark!“, lachte sie. „Wir sind keine Helden.“

In diesen Tagen fiel es Eldrid nicht schwer, Usar dazu zu bewegen, daß er ihr geliebte, einen weiteren Film für Mandelberg zu drehen. Es war ein Film aus der Fremdenlegion. Eldrid spielte das deutsche Mädchen, nach dem sich der in die Fremdenlegion verschlagene deutsche Jüngling lehnt. Der Anfang und das Ende waren reinentsprechend, junge Liebe und großer Heimweh. Die Mitte war mit Graueln angefüllt, John Volter, als Engländer der geborene Vertreter des stehenden deutschen Jünglingstyps, mordete wacker darauflos, legte ganze Reihen heimtückischer, aufständischer Araber um. Statt gegen die Verführung junger Menschen zur Fremdenlegion, starrte gegen ihre Hinrichtung für die Kolonialinteressen imperialistischer Staaten Front zu machen, wachte der Film gegen die Araber Front, die scheußliche Verbrecher waren, weil sie sich der Herrschaft der reichen europäischen Offiziere nicht unterordnen wollten.

Der Film hatte aber eine gut. Eigenschaft: Eldrids Rolle war klein. Sie war eingangs die lodende Reinheit, erschien zwischen durch als in den Wüstenland einpudertes und auf den Wüstenhimmel projiziertes Schmuckstück, und öffnete am Schluß dem heimkehrenden, blondmähigen Helden die Arme, den Hüften des Friedens. John Volter hatte mehr zu tun, er mußte reiten (es wurde in dem Film furchtbar viel geritten), er mußte schießen, er mußte fast verbur-

ken (wie er das mochte! Hintereinander), er mußte sich verwunden von Balme zu Balme schleppen und sich durch einen Haufen feindlicher Wüstenbewohner durchschlagen, um die Küste und das rettende Schiff zu erreichen.

Die Gefährtinnen wurden im Atelier gedreht. Der wilde, augentrollende Scheich, einer der gutmütigsten und humorvollsten Berliner Schauspielere, der sich während der Aufnahme das Vochen kaum vorbeissen konnte, hielt eine Steinhütte besetzt, wurde von der Fremdenlegion hinausgeworfen und verjagt, wie sich das eben für Rebellen und alle anderen Arten von unzufriedenen Menschen gehört. Die Hütte soll aber einfürzen, noch der Räumung sollte nur ein Trümterhaufen übrig bleiben als sinniges Symbol dafür, zu wech schaurigen Ereignissen die Erhebungsversuche von Leuten zu führen pflegen, die frei sein wollten, statt zu gehören.

Den Film drehte ein italienischer Regisseur. Er brüllte zwar den ganzen Tag über mit heiserer Stimme in das Megaphon, schrie die Arbeiter an, ging mit den Darstellern um, als wären sie Verbrecher, die er zu einem Geständnis zu zwingen hätte, verstand aber sonst wenig von seinem Fach und begnügte sich damit, die Schauspieler zu recht großen, knalligen, pathetischen Gesten anzuhalten. Am die Vorbereitungen kümmerte er sich nicht, dazu hatte er seinen Hilfsregisseur, einen getreuen Schüler seines Meisters. Der Atelierleiter hatte den Hilfsregisseur darauf aufmerksam gemacht, daß der Futurereinsturz gefährlich für die Darsteller sei, man müsse die Szene genau proden, es läme auf den Bruchteil einer Sekunde an. Der Hilfsregisseur hatte gebrüllt, wofür der Atelierleiter ihn denn hiesse, er verstände sein Fach, er habe schon die großen Löwenjungen in „Duo dadi?“ vorbereitet, als der Atelierleiter noch nicht einmal auf der Welt war. Da hatte dieser die Kapseln gesetzt, geschwiegen. Mandelberg lief geschäftig hinter den Kulissen umher, der Regisseur wim-

melte ihn ab wie einen lästigen, kleinen Schauspieler, der eine Rolle erbeteln wollte.

Die Araber flohen, der Regisseur brüllte, die Fremdenlegion marschierte auf, der Regisseur brüllte, die Verfolgung begann, der Regisseur brüllte, er konnte es sich diesmal erlauben, der Film wurde stumm gedreht und sollte noch synchronisiert werden. Die feigen Wüstenlöwe flohen vor den tapferen Kindern Europas, stolperten über kaskierte Steine, über Balken und Rabel, verschwanden irgendwo im Hintergrund des Ateliers, wo die endlose Wüste begann. Ein scharfer Pfiff gab das Signal zum Einsturz der Hütte, sie sank nieder, Staub wirbelte auf, verschleierte die Szene, hüllte Menschen und Dinge in Nebel.

Aus dem Nebel aber gestie ein Schrei, aus dem Nebel drang ein Wimmern, der Regisseur brüllte, aber über sein Brüllen stieg ein Stöhnen, dessen Quelle der Staub noch verhüllte, über das Schlachtfeld stieg ein Schrei, die stehenden Araber hielten ein, die Legionäre erwarteten, der Regisseur brüllte, sie gehörten nicht, der Hilfsregisseur lief ins Bild, suchte, fragte, niemand wußte Bescheid, aus dem Nebel froch ein Stöhnen, müder und müder, es klang verflucht echi, es brachte endlich den Herentanz des Spiels zum Stillstand.

Die Aufnahme wurde unterbrochen, das Licht erlosch, in dem fahlen Dämmer, das hereinbrach, war ein Stöhnen, ein herzerweichend echtes Stöhnen. Die Trümmer der geborstenen Hütte wurden leiterschaffig, vorsichtig, langsam, sie bargen die Stimme, die schrie und wimmelte.

Da lag ein Araber, ein armer Arbeiter aus Kenföln, der seit ein paar Wochen als Statist ein wenig Geld zu verdienen versuchte. Ein Balken ging ihm quer über die Beine, Blut rieselte, sein Gesicht war in Schmerz verzerrt, das Stöhnen klang schauerlich in die jah herein gebrochene Stille Als der Balken gehoben war,

stellte der Arzt eine gefährliche Quetschung des einen Beines über dem Knie fest; das andere Bein war gebrochen.

Der Regisseur brüllte, wie so etwas vorkommen könnte, der Hilfsregisseur kaufte den Atelierleiter aus, er habe ihm doch gesagt, die Szene müsse gut vorbereitet werden, es läme auf den Bruchteil einer Sekunde an. Mandelberg war entrütet. Die Wiederholung der Szene kostete viel Geld, die Dekoration mußte neu gebaut werden. Er stand vor dem Verletzten, der arme Teufel sah den Schwelgenen angstvoll an, als fürchtete er noch Vorwürfe, mit dem Statisten war es nun wohl zu Ende, wenn er so ungeschickt war. Mandelberg blühte in diese verfluchten Augen, in dieses Heiße, magere Menschenantlitz, über dem die Schatten des Hungers lagen, blühte auf den Arzt, der den Verletzten verband. Da zuckte eine Idee durch sein Hirn: War das nicht eine glänzende Rettung? Jeder wird den Film sehen wollen, bei dessen Herstellung ein Unglück geschehen war. Der Vorfall mußte in die Zeitungen, selbstverständlich in der richtigen Aufmachung, er sah schon die Ueberschriften: Die Gefahren des Filmberufs, trotz der sorgfältigen Vorbereitungen sind Unfälle nicht zu vermeiden, die Mandelberg A. B. hatte ihre Pflicht getan — ein unglücklicher Zufall. — Der Inhalt der Szene wurde geschilbert, der Regisseur, die Darsteller genannt, sehr hieß es nur den Film schnell fertigstellen, damit die Zeit nicht verläumt, der Vorfall nicht vergessen werde.

Die Rinos ließen sich den Film gleich nach dem Erscheinen der Berichte referieren, niemals noch hatte Mandelberg so viele Vorankbestellungen gehabt. Der Pressechef langierte täglich ein paar Zeilen über das Befinden des Verletzten und über die Frage einer Unfallrente in die Zeitungen, damit das Interesse noch gehalten wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Rummeltag der Polizei.

Es ist nachgerade zur Selbstverständlichkeit geworden, daß die kommunistischen Großkampftage hierzulande einem einzigen Zweck dienen: dem Auftrumpfen der Polizeifunktion und dem Annullieren aller jener Instanzen, die länger aufgehört haben, sich als Diener der Allgemeinheit zu fühlen, sondern nur auf den Anlaß warten, sich als ihre eigentlichen Beherrscher, als die Obrigkeit aufzuspielen. Die Dynamide, die aus Bürokratie und Polizei getürmt, auf den Schultern des Volkes lastet, nur die keine Operation von 1918, die ihr die oberste Spitze nahm, nicht leichter geworden. Man erlebt das immer von neuem und es wird bald ein so gewohnter Zustand sein, daß er kein Befremden mehr erregt. Um so mehr muß dieser Zustand angeprangert werden, der einer Demokratie unwürdig und eine stete Bedrohung der Bevölkerung ist.

Die roten Tage der Kommunisten leben von den Polizeiverboten. Kein Mensch würde sich um die kommunistische Parole kümmern, kaum einer würde, was geplant ist, wenn nicht vom frühen Morgen solcher „Kampftage“ an die Polizei ihre Kampfbereitschaft in der auffälligsten Weise zur Schau stellen. Es fehlt im Grunde nur das Salut-Schießen bei Tagesanbruch. Alles andere ist schon den Bedürfnissen des ganz großen Ordnungsmännchens angepaßt. In Reichenberg hat die Polizei um halb acht Uhr früh den Kampfzug mit einem festlichen Umzug eröffnet; unter Trompetengeheul schreien sie durch die Straßen, damit nur ja jeder Bürger weiß, welcher besonderer Tag angebrochen sei. Im Grunde könnten die Kommunisten der Polizei dankbar sein: eine bessere Propaganda als das Anblasen und Anstromeln ihrer Veranstaltungen können sie sich ja nicht wünschen. Ehe noch die Leute an die gewohnte Arbeit gehen, hat die Polizei bereits Position bezogen und sich als allseitiges Verwehrhindernis etabliert. Einzelne Städte sollen auch am 25. Feber wieder den Eindruck eines Heerzuges gemacht haben; so vor allem Trauenau, das man militärisch besetzt hatte (die Militärbehörden haben für das freundliche Riefengebirgsstädchen eine besondere Vorliebe, kein Anlaß gibt verüber, ohne daß es nicht „erobert“ würde), Reichenberg, wo berittene und Fußpolizei gegeneinander manövrierten und das Publikum die Rechnung bezahlte, wurde ähnlich behandelt, aber auch das innere Prag, wo man auf dem Wenzelsplatz durch ein Doppelpolier von Hunderten Gendarmen und Polizisten schritt, die „Gewehr bei Fuß“ den Besuchern der Cafés, Restaurants und Kinos teils im Wege standen, teils eine Saloborstellung boten. Es fehlte nur noch, daß die Gewehre zu Pyramiden gestellt und Salafschononen aufgeschrien wurden.

Wenn die Gendarmen und Polizisten dann Stundenlang nutzlos auf den Gassen herumlaufen oder sich in den Wägen und Straßen in den gelunden, kräftig genährten Sportleuten und auf das erste Signal hin gehen sie kräftig los. Auf dem Prager Graben wurde eine kleine Gruppe lächerlich harmloser „Demonstranten“ von Polizei mit Gummiknüppel bearbeitet, als ob es den Kampf mit einer Armeescharverbreiterer gelte. In Reichenberg wurden die Passanten ohne jeden Grund von den Berittenen auf die Straße und von der Fußmannschaft wieder auf den Gehsteig zurückgedrückt. Als ein Redakteur des „Freigeist“ sich legitimierte und den Offizier höflich auf die Unbillbarkeit dieser ewigen Befehle und Befugnisse aufmerksam machte, holte er sich nur einen eckeligen Ansehenszettel, der wenig von der akademischen Bildung abstrahlte. Reiblich erging es dem Angeordneten Genossen Müller in Kuffia. Auch er erhielt, als er intervenierte, von dem hohen Herrn Polizeikommissar eine Unterweisung im Aufmerksamsein. In Kuffia, wo es überhaupt zu keiner kommunistischen Demonstration kam, prägte die Polizei harmlose Passanten, jagte z. B. einen Arbeiter, der auf den Bahnhof zum Zug eile, von der Bahnhofstür weg wieder auf den Marktplatz, obwohl sie diesen eben „geräumt“ hatte. Angestutzten — oder besser Kafenstutzten — berichten, daß es in einer Kuffiger Wochstube verdächtig nach Alkohol roch.

All das sind Dinge, die eines Kulturstaats ein wenig unwürdig sind. Mag sein, daß die den Staatsapparat beinahe souverän beherrschende Katapartei kein Gefühl für die Peinlichkeit dieser Zustände hat, da sie eben den Staat zu einrichten möchte, wie er ihre in Rumänien, Bulgarien oder Polen als Idealstaat vor Augen sieht und wie es ihrem dorrischen Gefühl entspricht. Aber an der Spitze dieses Staates steht immerhin ein Mann wie Masaryk, dessen Namen verpflichten sollte, in der Regierung dieses Staates sind Parteien vertreten, die Wert auf den Zusammenhang mit der europäischen Kultur legen, und die Bevölkerung dieses Staates, geduldig wie kaum eine, hat ein Recht darauf, endlich einmal nicht gegen kommunistische Phantasie-revolutionen, die sich nie ereignen, sondern gegen den Tyrannismus der Behörden und der Polizei gekämpft zu werden. Wo gibt es denn wirklich des Baltans noch Länder, in denen der Polizei alle Quartale solche Festnahmen geboten werden, in denen es zwar keinerlei Rolle spielt, ob ein Passant verdroschen wird und wie oft einer, der keinen Strogon trägt und dabei „verdächtig“ ist, den Gummiknüppel über den Schädel bekommt, in denen aber feinsinnig „amtlich“ berichtet wird, daß in Wien einem Gendarmen nach geschlagener Schlächt „die Lippe blutete“? Da das kommt vor, daß einer sich nicht so ohne weiteres beschämen läßt, daß er um sich schlägt und dem An-

greifer ein Wehweh macht. Na, na nicht weinen, wird schon wieder gut werden, bißli bloßen?

So oft wir in den letzten Jahren kommunistische Revolutionen angeht bekamen, immer war das Resultat das gleiche: die „Ordnung“ wurde von niemandem verletzt als von den den verantwortlichen Ordnungshütern, die „Sicherheit“ wurde von niemandem gefährdet als von den Sicherheitswächtern, die „Ruhe“ wurde von keinem anderen gestört als von der Polizei.

Zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz.

Eine Entschließung der Exekutive der S. A. J.

Die Exekutive der S. A. J. hat in ihrer 31. Sitzung am 21. und 22. Feber gemäß einem Bericht von Albarada (Holland) folgenden Antrag der Abrüstungskommission der S. A. J. beschlossen:

Der Völkerbund hat endlich das Datum der solange erwarteten Abrüstungskonferenz festgelegt. Wird sie den Völkern, die des Krieges und des bewaffneten Friedens müde sind, eine neue Enttäuschung bringen? Die Arbeiterbewegung aller Länder muß alles tun, um ein so stichhaltiges Ergebnis zu vermeiden, das Katastrophen herbeizuführen geeignet wäre.

Die S. A. J. will gemeinsam mit der Gewerkschaftsinternationale das genaue Programm der Abrüstungskonferenz vorgelegenden Forderungen der Arbeiterschaft aufstellen.

Heute beschränkt sie sich darauf, die Aufmerksamkeit aller ihrer Sektionen darauf zu lenken, wie notwendig eine energische Aktion gegenüber den Regierungen ist, um sie daran zu hindern, daß sie schon im vorhinein die Erfolgsmöglichkeiten der Konferenz von 1922 gefährden, indem sie entweder noch vorher die Rüstungen vergrößern, die dann verringert werden sollen, oder eine Politik durchführen, die die für den Erfolg unentbehrliche moralische Befriedung und wirtschaftliche Besserung gefährdet.

Die Parlamentsfraktionen der S. A. J.

Uebertritt zur Sozialdemokratie.

30 Kommunisten beantragen Aufnahme in die SPD.

Eine geschlossene Gruppe von 30 früheren Kommunisten, die sich nach dem Ausschluß aus der SPD, als unabhängige kommunistische Partei organisiert hatte, hat in Berlin den Antrag gestellt, in die Sozialdemokratische Partei aufgenommen zu werden. Der Bezirksvorstand hat dem Antrag stattgegeben.

Die zur Partei Uebergetretenen veröffentlichen eine Erklärung, darin heißt es u. a.:

„Die gut organisierten Verbände der Unternehmern zum Zwecke der Lohnüberhöhung, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Sozialgesetzgebung usw. zeigen, daß die Arbeiterklasse alle Ursache hat, sich gegenüber den Massenagitatoren in höchster Alarmbereitschaft zu halten. Aus der Erkenntnis heraus, daß zur Abwehr des Angriffs auf die Lebenshaltung des Proletariats die Geschlossenheit der wirtschaftlichen proletarischen Organisationen eine unbedingte Notwendigkeit ist, haben wir uns gegen eine Politik gewandt, die ein geschlossenes Handeln des klassenbewußten Proletariats verhindert und zur Zerschlagung ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung führen mußte.“

Die offizielle SPD. hat bereits in den letzten Jahren durch ihre Agitation, die die sozialdemokratischen Arbeiter als Sozialfaschisten und somit als Feinde der proletarischen Bewegung hinstellt, das Vorausrücken einer Einheitsfront der Arbeiterklasse verhindert und damit auch den Nationalsozialisten indirekt Hilfsdienste geleistet. Das Ziel des wirklich proletarischen Kampfs kann nur die Schaffung der einheitlichen proletarischen Organisation sein.

Die SPD., die jede Mitbestimmung ihrer Mitglieder bei der Festlegung der politischen Marschrouten bemüht ausschaltet, kann dieses Sammelbecken nicht werden. Die Einheitsfront der gewerkschaftlichen Organisation muß aber unbedingt erhalten bleiben und die Einheitsfront der politischen Organisation mit allen Mitteln angestrebt werden. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir in der Sozialdemokratischen Par-

Was die Unternehmer bei uns eriparen.

„In Oesterreich“ so schreibt das „Pravo Libu“, „zahlt der Unternehmer für jeden Arbeiter einen Betrag zur Arbeitslosenversicherung. Auf diese Weise haben die Unternehmer für das Jahr 1929 einen Betrag von 60 Millionen Schilling, das sind 300 Millionen K., bezahlt. In unserer Republik gibt es viel mehr Arbeiter als in Oesterreich. Bestände bei uns ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, würde das die Unternehmer jährlich eine halbe Milliarde Kronen jährlich kosten. Das ist ein Betrag, den sie erspart haben. Und in dieser einzigen Tatsache liegt die Berechtigung des Antrages, die Unternehmer mögen ausgiebig zur Linderung der Arbeiternot beitragen. Die Steuerbelastung ist bei uns nicht größer als in Oesterreich, auch die Löhne sind nicht höher, aber im Gegenteil die Unternehmer sind in jeder Hinsicht daran besser. Wenn wir von ihnen ein

Opfer verlangen, verlangen wir es mit Recht. Wir fordern folgenden Vorfall: Ein Unternehmer in unserer Republik, der gleichzeitig eine Unternehmung in Deutschland hat, hat für die Wahlkandidatur der Dillieraner eine ganze Million Reichsmark, das sind 8 Millionen K., hergegeben. Bei uns geben einzelne Unternehmer und einige Konzerne gleichfalls Millionen für bürgerliche, politische oder wirtschaftliche Interessen. Die politischen Steuerabgaben geben jährlich in die Millionen. Werden sich diese mächtigen Gruppen nicht zur Erfüllung ihrer Pflicht gegenüber jenen entschließen, welche die Opfer ihrer Gesellschaftsordnung sind?“

An alle sozialdemokratischen Eltern-schuhmitglieder!

Mit 1. März l. J. gibt die Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer eine eigene Zeitschrift unter dem Namen „Neue Erziehung“ heraus. Sie hat zum Ziele, Lehrer und

Eltern in Schul- und Erziehungsfragen einzuführen, die vom Standpunkt des Sozialismus behandelt werden. Eine besondere Aufmerksamkeit werden jene Fragen erfahren, die den Eltern-schuhmitgliedern zur Lösung gestellt sind. Deswegen sollen auch alle sozialdemokratischen Eltern-schuhmitglieder diese Zeitschrift, die jährlich 12 K kostet, abonnieren. Die geringe Beitragsgeld, die also monatlich 1 K beträgt, macht es allen Erziehungsfunctionären und Eltern-schuhmitgliedern möglich, Abnehmer der Zeitschrift zu werden.

Die erste Nummer enthält folgende Aufsätze und Notizen: Zweck und Ziel, Die „Pädagogische Woche“ in Kuffig, weite Eltern — Kind — Lehrer, Lehrerschaft und Eltern-schuh und die Rubriken „Von den Segnern“ und „Aus der Organisation.“

Bestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle der „Neuen Erziehung“, Kuffig, Dr. Billrothstr. 20.

Unereuliche Verhältnisse der Theaterangestellten und Musiker.

Ueber Anregung der gemeinsamen Landeszentrale Odborbove Drazeni Gostobovniks fand eine Beratung der Organisationen der Theaterangestellten statt, welche über die Situation der Theater und der Orchester verhandelte, deren Verhältnisse leider unter unereulichen sozialen Verhältnissen leidet. Die Beratung einigte sich auf eine Reihe von Anträgen und Maßnahmen betreffend die Sicherung der sozialen Verhältnisse der Theaterangestellten und verhandelte aus über die Konzeptionierung und Besteuerung der künstlerischen Unternehmungen. Die Forderungen der Schauspielorganisationen und derjenigen der Musiker von Beruf werden in einer besonderen Denkschrift verhandelt werden, welche von der gemeinsamen Landeszentrale den zuständigen Ministerien und Aemtern übermitteln werden wird. Die Krise der Theater trifft die Angestellten dieser bedeutenden Kultureinrichtungen sehr stark und es ist daher an der Zeit, durch zweckentsprechende Maßnahmen die Theaterunternehmungen auf eine festere wirtschaftlichere Grundlage zu stellen und die Existenz so zu sichern, damit diese voll ihre kulturelle Sendung erfüllen können.

Die Gewerkschaften gegen die Verpachtung der Staatsbahnen.

Der Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen hat sich dieser Lage mit dem Stand der Eisenbahnen beschäftigt und nach ausführlicher Debatte entschieden die Anträge abgelehnt, die dahin gehen, daß die Krise der Eisenbahnen durch Verpachtung an Privatkapitalisten eben. Ausländer gelöst werde. Die Krise des Eisenbahntransportes ist verschuldet hauptsächlich durch die allgemeine Wirtschaftskrise. Die Wüderung und Beseitigung der Wirtschaftskrise wird auch den Eisenbahnen eine Erholung bringen. Eine weitere Ursache ist der Automobilttransport, den man in eine gewisse Uebereinstimmung mit dem Eisenbahnverkehr bringen muß. Aus diesem Grunde ist auch ein Automobiltgesetz notwendig. Ein Wirtschaftsausschuss der Gewerkschaften wird sich mit diesem Problem noch beschäftigen und diesbezüglich Anträge vorlegen.

Billigeres Brot für die Arbeitslosen in Prag. Das Ministerium für Volksernährung, an dessen Spitze der tschechische Genosse Bednarek steht, hat an die Bezirke- und Gemeindeväter ein Schreiben gerichtet, diese Aemter mögen dahin wirken, daß die Lebensmittel an Arbeitslosen billiger verkauft werden. Dieser Anregung folgend, berief die Prager Gemeinde dieser Lage auf das Rathaus eine Beratung der Interessierten ein, an der Vertreter der Gemeinde, des Landesamtes, des Ministeriums für Volksernährung, der Genossenschaft der Prager Bäcker und der Prager Arbeiterbäcker teilnahmen. Nicht erschienen waren die Vertreter der Prager Großbäckereien Dolezel und Jaska und — die Kommunisten. Die Verhandlung gelang zu einer Einigung, wonach das Brot den Arbeitslosen zu demselben Preise wie den Wiederverkäufern abgegeben wird. Die Arbeitslosen erhalten Legitimationen und bekommen das billige Brot in folgender Menge: 2 Personen erhalten 10 Kilogramm in vier Wochen, 3 bis 4 Personen 18 Kilogramm. Man hofft, mit der Ausgabe dieser Legitimationen bereits Montag, den 2. März, beginnen zu können.

Der kommunistische Arbeitslosenkongress verabschiedet! Die kommunistischen Blätter bringen die überraschende Nachricht, daß der mit so großen Erwartungen erdrossene kommunistische Arbeitslosenkongress, der am 25. Feber verlegt wurde, anscheinend nicht den Kommunisten die Enttäuschung über den verabschiedeten 25. Feber noch so sehr in den Knochen, daß die Führer der R.P.G. es nicht wagen, in der geplanten Arbeitslosenkongress zu erscheinen. Alle Versuche, die kommunistische Partei unternehm, um einzelne Arbeiter zur Teilnahme an dem Kongress zu gewinnen und sie einer stannenden Welt als empörte Sozialdemokraten vorzuführen, sind nicht gelungen.

Der Senat hält seine nächste Sitzung am Donnerstag, den 5. März, um 4 Uhr nachmittags ab. Tagesordnung: Verhaftung der Reichenberg - Goblitz - Tannwalder Eisenbahn, Strafgerichtsbarkeit über Jugendliche, Immunitäten.

Vollwirtschaft und Sozialpolitik

Die Unternehmer gegen das Arbeitsvermittlungsgesetz.

Vom Leiter einer Bezirksarbeitsvermittlungsanstalt.

Schon im Titel dürfte eine kleine Richtigstellung am Platze sein; sollte wohl richtiger heißen: „Die Unternehmersekretäre gegen usw.“ Doch sehen wir uns einmal die Argumente genau an, die da von Unternehmerseite in der Tagespresse gegen den Gesetzentwurf geltend gemacht werden. Zunächst heißt es da — und zwar ganz überflüssigerweise: „Die Arbeitsvermittlung müßte Garantien für Verlässlichkeit, Freizügigkeit, Raschheit und Billigkeit bieten. Diese Merkmale fehlen jedoch dem Entwurf.“ So etwas kann nur jemand niederschreiben, der vom Bestande und von der Wirksamkeit der öffentlichen Arbeitsvermittlung gar nichts weiß, denn alles, was da gefordert wird, besteht bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung seit je, ja es sind dies gerade jene Merkmale, durch die sie sich vor allen anderen Stellenvermittlungsmitteln auszeichnet. Im weiteren will der betreffende Kritiker der öffentlichen Arbeitsvermittlung die Fähigkeit absprechen, für alle Beschäftigungszweige wirken zu können. Die notwendigen sachlichen Fähigkeiten könnte angeblich nur der Arbeitgeber beurteilen. In den meisten Großbetrieben geschieht aber die Arbeiteraufnahme durch sogenannte Personalreferenten oder durch den Portier. Diese Leute also — gewesene Offiziere, ausgebildete Polizisten und Gendarmen — haben aber jene Fähigkeit, die bei der, durch jahrzehntelange Übung, berufskundig versierten öffentlichen Arbeitsvermittlung einfach bewiesen wird. Uebrigens besteht doch auch die Möglichkeit, daß für besonders qualifizierte Beschäftigungszweige nach Notwendigkeit Fachabteilungen errichtet werden können, wie sie vereinzelte ja heute schon bestehen. Im weiteren wird Stellung genommen gegen das im Gesetzentwurf vorgesehene Verbot der Stelleninzerate, und zwar aus reinster Sorge um die Angestellten, die dadurch angeblich nicht mehr instande wären, sich, solange sie noch in Stellung sind, einen anderen Posten, der ihren Fähigkeiten mehr entspricht, jucken zu können. Dem ist aber mit hundert Prozent mehr Berechtigung entgegenzusetzen, daß es gerade die Stellenjuchenden sind, die durch die Stelleninzerate nur genarrt, betrogen und unendlich geschädigt werden. Wer eben in die verschiedenen Vorgänge am Arbeitsmarkte genügenden Einblick hat, der wird es ja wissen, was sich da alles an Schmutz und Unfug hinter diesen Stelleninzeraten verbirgt. Es gibt Arbeitgeber, die ständig in den Inseratenblättern anderer Gegenden Stellen inserieren, obwohl in der eigenen Umgebung des betreffenden Unternehmens massenhaft Stellungslose vorhanden sind. Dieses Kapitel könnte nur in einer eigenen Abhandlung einigermaßen erschöpfend behandelt werden, hier sei nur soviel gesagt: „Die Bekämpfung der Stelleninzerate ist ein Gebot der öffentlichen Moral!“ Die im Gesetzentwurf vorgesehene Stellenanmeldepflicht soll, nach der Meinung des Artikelschreibers, angeblich gegen die Freizügigkeit verstoßen. Es wird aber schon eine ganz geriebene Casuistik dazu notwendig sein, diese Behauptung auch zu beweisen. Eine Stellenanmeldepflicht ist notwendig, erstens um einen vollen Ueberblick über den Arbeitsmarkt zu erlangen und zweitens, um bei der Stellenbelegung neben der Bedachtsnahme auf die Qualifikation, auch dem sozialen Gebot der Zeit entsprechen zu können. Und dies besonders in Zeiten großer Arbeitslosigkeit. Die im Entwurf vorgesehene dreitägige Wartefrist hat gar nichts zu bedeuten, nachdem ja auch die Arbeitnehmer, wenn sie arbeitslos geworden sind, sich anmelden müssen. Sind also genug Arbeitslose vorhanden, so wird ein Arbeitgeber kaum drei Stunden, geschweige denn drei Tage, warten müssen. Aber die Bestimmung ist eben deshalb notwendig, damit nicht wieder das alte Spiel getrieben werden kann, wie es sich während der Zeit der Stellenanmeldepflicht vom 10. Dezember 1918 bis 31. März 1925 eingebürgert hatte, nämlich, daß die Stellen erst dann angemeldet wurden, wenn für dieselben bereits Arbeiter aufgenommen waren. In dieser Sache hat wohl der Gesetzentwurf einen Mangel, nämlich, er besagt nichts über die Ueberwachung der Anmeldepflicht. Auch die im Gesetzentwurf statuierte Anmeldepflicht bei Betriebseinstellungen und Einschränkungen gefällt dem Sachwalter der Unternehmer nicht. Das müßte, nach seiner Meinung, ausschließlich dem überlassen bleiben, „der das Risiko trägt“, — und das ist, nach seiner Meinung, selbstverständlich nur der Unternehmer. Das Risiko der Arbeiter, die dabei zu Hunderten mit ihren Familien verhungern und verkommen, sieht er nicht. Wenn wir an dieser Gesetzesbestimmung etwas auszuheben hätten, so wäre es nur das Eine, daß nach dem Entwurf nur dann diese Anmeldungen gemacht werden sollen, wenn im betreffenden Betriebe mindestens 20 Arbeiter beschäftigt sind. Es ist gar nicht einzusehen, warum erst bei 20 und warum nicht schon bei 10 Arbeitern. Zum Schluß verlangt der Unternehmervertreter, daß mit dem Gesetzentwurf gewartet werden soll bis nach den Verhandlungen des Internationalen Arbeitsamtes im nächsten Jahr. Der Vater dieser Schnapsidee mag wohl der fromme Wunsch sein, daß bis zu jener Zeit vielleicht hierzulande wieder ein anderer Wind wehen wird.

Nun, auch wir Anstaltsleiter können uns nicht mit allen Bestimmungen des Gesetzentwurfes befreunden, aber den Entwurf im Ganzen betrachten, müssen wir zugestehen, daß seine Befestigung einen großen Fortschritt in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bedeuten würde.

Licht aus dem Salzfaß.

Interessante Entdeckung eines Chemikers.

Aus dem Institut für physikalische und Elektrochemie kommt die Nachricht von einem glücklichen Experiment, dessen Resultat mit drei Worten umschrieben werden kann: Licht aus Kochsalz!

Wir haben uns seit geraumer Zeit abgewöhnt, das technische Welt der Menschheit von Amerika zu erwarten. Das früher Edisons Fabrikantenwesen, das „Laboratorium der Welt“, — das ist heute die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Dahlem, die mit ihrem Gründer nichts mehr gemein hat als den Namen. In ihren vielen Instituten sitzt ein Heer von Gelehrten an der Arbeit, um der Natur ihre letzten Geheimnisse zu entlocken und sie der Wissenschaft dienbar zu machen. Keist gegen den Willen dieser Forscher, die sich vom lauten Lob der Masse nur in ihren Kreisen geföhrt glauben, dringt durch die Mauern der Dahlemer Institute von Zeit zu Zeit die Nachricht von dieser oder jener Entdeckung. Ist erst solch ein Versuch, der stets auf jahrelanger Vorarbeit beruht, geglückt, dann ist es nicht mehr Sache des „unpraktischen“ Gelehrten, sondern des praktischen Technikers, an die Frage der wirtschaftlichen Ausnutzungsmöglichkeit heranzugehen.

Was ist nun mit dem „Licht aus Salz“?

Der Forscher selbst, Professor Polanyi, einer der jüngsten bedeutenden Elektrochemiker, der diesen recht verbüßenden und unwahrscheinlich aussehenden Versuch durchgeführt hat, teilt uns Näheres über seine Entdeckung mit:

„Es handelt sich um eine ganz neue Art von Flammen, die dann entstehen, wenn gewisse Gemische sehr reaktionsfähige Dämpfe unter einem Druck von etwa einem Hunderttausendstel Atmosphäre in ein luftleeres Rohr geleitet werden. Die Dämpfe von Radium und Chlor — den Bestandteilen unseres gewöhnlichen Kochsalzes — sind von solcher reaktionsfähiger Natur. Bei Begegnung dieser sehr schwachen Dampfströme entsteht ein Licht, dessen Helligkeit ganz außerordentlich groß ist; es überstrahlt die einer normalen elektrischen Birne um das Hundertfache! Da die chemische Reaktion dieses Lichts infolge bringt, nennt man es „Chemilumineszenz“. Am interessantesten ist jedoch der auffallend geringe Substanzverbrauch, der zur Erzeugung

dieses Lichtes nötig ist. Die Menge des verbrauchten Materials ist so klein, daß man an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Ausnutzung im Großen, an eine Revolution unseres gesamten Beleuchtungsweßens denken könnte. Denn es gibt kaum ein Element, das billiger ist als die Verbindung von Radium und Chlor: das Kochsalz. Und doch wäre es nicht angebracht, sich technischen Zukunftsphantasien von ungeheurer verbilligten Lichtquellen hinzugeben. Denn die zur Chemilumineszenz benötigten Dämpfe werden zwar tatsächlich aus gewöhnlichem Kochsalz gewonnen, aber nicht direkt, sondern mit Hilfe eines umständlichen und kostspieligen Verfahrens, das in der Praxis nicht verbilligend, sondern eher verteuert sich auswirken würde. Deshalb beschränkt sich die Bedeutung des Chlorradium-Chemilumineszenz auf die wissenschaftliche Erforschung der chemischen Reaktionen, deren Mechanismus ein ausgedehntes Arbeitsgebiet der Chemiker darstellt. Für ihn ist es interessant, eine Chemilumineszenz von so hoher Lichtausgabe kennen zu lernen; die Lichterzeugung dient als wichtiger Wegweiser zur Aufklärung der chemischen Umfegung.“

So weit Professor Polanyi. Vielleicht aber muß man ihm einen gewissen Vorwurf machen: den, daß er sich zu beschreiben und vorsichtig über seine Entdeckung äußert. Wenn auch die zur Verdampfung verwendeten Stoffe Radium und Chlor nicht direkt aus dem billigen Kochsalz, sondern erst auf Umwegen gewonnen werden, so schließlich diese Tatsache doch keinesfalls die Möglichkeit aus, gerade diese Umwege einmal einer besonders eingehenden Prüfung zu unterziehen, um sie eventuell zu verbilligen und zu rationalisieren. Es wäre nicht das erste Mal, daß dies im Großbetrieb „am laufenden Band“ leichter möglich ist als im Kleinbetrieb des Laboratoriums.

Wenn nicht alles täuscht, so wartet hier ein Arbeitsfeld für den Praktiker der Technik. Ein Anreiz ist gegeben, wie er selbst in unserer an technischen Sensationen so reichen Zeit nur selten vorkommt: Licht aus Kochsalz! Hunderttausendfache Helligkeit! Es gibt doch noch Neues unter der Sonne.

den Lesstoff in der Zeitung aufstreifen; dann werden die sôher das andere lesen. Wenn das Kind klein kann, soll es ruhig alles lesen und sich erkundigen lassen, — das ist ebenso wie mit der Aufmerksamkeit in der sexuellen Erziehung. Zwei tiefphilosophische Vorträge in einer Sendung sind etwas zu viel des Guten, auch für den geübten Hörer. Der Vortragende ist gezwungen, sich auf Andeutungen zu beschränken, die Hörer können nicht verstehen. Jeder der beiden folgenden Vorträge hätte gut und gern eine Sendung für sich verdient. Dr. F. Thiediger („Von Wirkung und Wirklichkeit“) stellt fest, daß nicht die Ideen es sind, die den Menschen zu tiefem Erweisen; sie sind nur der Reflex der Erlebnisse. De nach ihrer Aufgeschlossenheit oder Verschlossenheit für das Erlebnis teilt er die Menschen in helle und dunkle; dieser steht dem Leben der Wirklichkeit dumpf und verschlossen gegenüber, aber ein hartes Erlebnis kann ihn „erwecken“, kann ihn heilhörig machen für die Kräfte der lebendigen Wirklichkeit, — eine durchaus einleuchtende positive philosophische Philosophie. — Prof. Dr. Schland (München) schilderte die „seelische Lage“ des modernen Gebildeten als das Streben nach der bewußten Gemeinschaft. Das starke Gemeinschaftsgefühl des mittelalterlichen Menschen war unbewußt; die Renaissance gab die Rechte und Forderungen des einzelnen, entbede das Individuum, — wir suchen den Ausgleich; wie sich die vollentwickelte Einzelpersonlichkeit bewußt einordnet in die höhere Einheit der Gemeinschaft. Wenn so das ethische Problem unserer Tage als im wesentlichen sozial gekennzeichnet wird, so brachte die Arbeitererhebung der Woche in dem Vortrag des Genossen Franz Kerschwald (Leipzig) eine ausgezeichnete Analyse der herrschenden Weltwirtschaftskrise aus ihren Ursachen; der Strukturänderung des Wirtschaftslebens unter der Einwirkung des Weltkriegs. Die Verschlebung des weltwirtschaftlichen Schwergewichts von Europa nach USA, die Wandlung des alten Konkurrenzkapitals in das Monopolkapital der Trusts, Kartelle und Konzerne, die Nationalisierung durch Maschinen und Arbeitsmethoden sind die Einzelfaktoren dieser Strukturänderung, das Heilmittel nur die Wandlung des autoritären Kapitalismus in die demokratische Wirtschaft, der Privatprofitwirtschaft in wirtschaftliche Bedarfsdeckung. Der Vortrag war ein schönes Stück sozialistischer Wirtschaftswissenschaft und sein Ausgang eine erfrischende Mahnung an unsere Zeit: „Die gesellschaftlichen Kräfte sind wie Naturkräfte; sie wirken blind und zerstörend, solange wir sie nicht kennen und zu beugen verstehen. Einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in willige Diener der Gesellschaft verwandelt werden.“

Fürstena.

B. ager Rundfunk.

Russisch hat auch die vergangene Woche in der deutschen Proger Sendung nichts Besonderes gebracht. Das Sonntag-Nachmittagskonzert mit Maria Tamora (Berlin) und Rudolf Bendor (Prag) enttäuschte gerade bei der hohen Qualität der Künstler durch das Programm, das außer zwei Schamberliedern nur Opernarien und „Leiere Sieder“ älterer Prokuratoren hören ließ. Eben weil die deutsche Sendung nur so spärlich Musik bringen kann, müßte sie nur Repräsentatives bringen. — Dagegen war die Aussende an hörensweisen Vorträgen diesmal reich und lohnend. Otto Bernstein las die seine, bestaunliche Novelle „Enttäuschung“ von Thomas Mann; die Relativität aller Lebenswerte ist hier von einem überaus feinen Geist gezeichnet, der Dichter erweist seine gereifte Fortschrittskunst. — Archibald Dr. Anton Roucha sprach über die „neue Generation in der Dichtung“, charakterisierte die dichterische Jugend aus den Nachwirkungen des Krieges und gab eine Uebersicht über ihr Schaffen; das Unternehmen, die jungen Dichter unserer Tage dem allgemeinen Verständnis näher zu bringen, ist dankenswert und gelungen. — Der Kunst dient auch die Vortragsreihe „Die Instrumente des Orchesters“, gehalten von Leo Schickler (Prag), deren erster, einleitender Vortrag in sehr klarer, gut angelegter Form mit den Grundlagen des Musikverständnisses und mit der Gruppenteilung der Orchesterinstrumente bekannt machte. An dem Beispiel des Lobengrin-Vorspiels von Wagner, auf einer vorzüglichen Schallplatte gespielt, ward die Theorie sogleich praktisch belegt und belebt. Wir erwarten uns von dieser Reihe viel Förderndes und Bedauerndes, daß sie in so großen Zeitabständen (der nächste Vortrag erst am 21. März) ablaufen soll. Ein typisches Beispiel, wie die Belangenheit in bürgerlichen Anschauungen selbst den denkenden Techniker die letzten Folgerungen seiner Gedankenreihen nicht ziehen läßt, bot Herr Ing. Eduard Jall (Muffig) mit dem Vortrag „Weldwindigkeitstriebe“. Er erklärt die Ursache des modernen Lebens, die Sucht, immer neue Schnelligkeitsverforde aufzustellen, aus einer Art Gefühls- und Willensforzung, dem Weldwindigkeitstriebe. Der sei erzeugt durch die Technik und bereits so tief in der menschlichen Natur verwurzelt, daß eine Heilung nicht mehr möglich sei. Bis hierher scheint das richtig, aber der Autor bemerkt nicht, daß nicht die Technik an sich, sondern ihre falsche Anwendung durch die Profitgier des Kapitalismus diese immer zunehmende Hepe hervorgerufen hat. Der Sinn der Technik ist Arbeitserleichterung, der Kapitalismus hat ihn verkehrt in Lebensüberdrehung und mit der Befestigung der Ursache, der Produktionsbedingungen des kapitalistischen Systems, muß folgerichtig auch die Wirkung, der Gemeinheitswahn des modernen Menschen, soweit er nicht gesunde Freude an körperlicher Leistung ist (Sport), verschwinden. — Ein niedliches Zwischenpiel gab Lehrer Alfred Scholz in einem Zwischenspiel mit einem Schüler über die Frage, was Kinder aus der Zeitung lesen sollen. Eine gute Anrogung ist die Anlage von Sammelmappen für Zeitungsausschnitt in der Schule, bedenklich aber, bei der menschlichen Natur, der Vorschlag, die Eltern sollten den Kindern

RAUCHT NUR MIT



SCHÜTZT DIE GESUNDHEIT in allen Apotheken, Drogerien und Rauchwaren-geschäften

Die Jugendaussagen, die bei der heutigen Verhandlung (Senat des O. G. R. Roman) abgegeben wurden, waren, wie gewöhnlich in solchen Fällen, nicht einheitlich. Zeit steht, daß das Plaster an diesem Spätherbstabend glatt und schlüpfrig war, also besondere Vorsicht erfordert hätte.

Der öffentliche Ankläger setzte sich in längerem Plädoyer für zureiche Bestrafung ein. Der Verteidiger tat sein Möglichstes. Der Angeklagte wurde zu zwei Monaten Arrest, bedingt auf zwei Jahre, verurteilt.

Der Staatsanwalt meldet Berufung gegen das niedrige Strafmass und die bedingte Verurteilung an, worauf der Verteidiger Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung anmeldet.

Ing. Mondry offeriert . . .

seine Protektion für eininhalb Millionen.

Prag, 28. Feber. Gestern begann vor dem Senat O. G. R. Roman ein Prozeß, der deswegen höchste Beachtung verdient, weil er zeigt, bis auf welchen Tiefpunkt die öffentliche Moral heute gesunken ist. Angeklagt ist ein Ing. Mondry aus dem Landwirtschaftsministerium, der sich gegen ein Millionenhonorar zu Gefälligkeiten gegen eine aufstehende Partei erboten hatte. Welcher Art diese Gefälligkeiten waren, soll gleich gezeigt werden. Vorweg sei bemerkt, daß nicht so sehr der Fall selbst, als die absolute Schamlosigkeit des Angebotes unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen muß. Mit der größten Selbstverständlichkeit macht dieser Ministerialbeamte Ing. Mondry der Partei seine Schwärzervorschläge, nicht anders, als ob es eine alltägliche Sache sei, die zu seinem Ressort gehöre. Humoristischweise wird der Angeklagte deswegen belangt, weil er sich fälschlich als der wichtige Protektor ausgegeben hat, während er in Wirklichkeit gar nicht die Macht hatte, seine offerierten Protektionsmandate durchzuführen. Deshalb, nur deshalb steht er vor Gericht.

Was die Sache selbst betrifft, ist der Sachverhalt sehr einfach. Eine Legionärvereinigung wollte vom Großgrundbesitzer Schwarzenberg einen Landstrich kaufen. Dieser Kauf unterlag natürlich der Genehmigung des Bodenamtes, das feststellen mußte, daß das Ackerbauministerium gegen den Verkauf protektierte. Nur für den Fall, daß Schwarzenberg ein anderes Terrain dem Staat überlasse, sollte der Verkauf genehmigt werden. Hier bot nun der Ministerialbeamte Ing. Mondry nach mündlicher Unterredung in einem Brief seine Dienste an, den wir als Zeitdokument nachfolgend wörtlich zitieren wollen:

„Ich habe es mit mir selbst so eingerichtet, daß ich von allem beiseite verhandelt werde. Hier ist schon der Druck zu spüren, denn der Akt hat heute bei I. (Ing. Tsch., der Referent der Sache. Anm. der Red.) sich schon zu rühren begonnen. Jetzt handelt es sich darum,

was für eine Belohnung Sie mir garantieren, denn ich meinerseits habe sôberlich alles getan. Sie haben eine halbe Million versprochen und ich habe — eingedenk ihrer Auslagen — bereits meinen Mandanten mitgeteilt, daß der Wert sich auf 2 1/2 Millionen beläuft, also um diese halbe Million mehr. Jetzt ist mir die Idee gekommen, diesen Wert zu erhöhen,

damit wir etwas verdienen und dies in der Höhe von 2 1/2 Millionen festgelegt, die ich als schwere Regie erläntere, die auch nicht in dem Kaufpreis einbezogen, sondern stillschweigend bezahlt wird, in einer Form, wie Sie sich Sie wünschen werden.

An dieser Quantifikation will ich mit der Hälfte partizipieren, also etwa weiteren anderthalb Millionen.

was ich für gerecht halte, denn es ist ein Gewinn aus meiner Initiative und diese Aufgabe ist Ihnen aus Grund meiner Idee zur Gänze gedeckt. Ich hielt es für notwendig, dies vorweg zu bemerken, denn schon das kleinste Sprichwort sagt, daß gute Verträge gute Freunde machen . . .“

Die Empfänger des verlockenden Angebotes waren mißtrauisch und so gelangte der Brief, nachdem er einige hohe Instanzen durchwandert hatte, endlich zur Staatsanwaltschaft, die die Anklage wegen versuchten Betruges erhob, weil festgestellt wurde, daß der Angeklagte gar nicht in der Lage gewesen wäre, für die Bestechungsgelder auch als ethischer Korruptionär die Gegenleistung zu bieten.

Der Angeklagte gestand dies auch ein, brachte aber verschiedene Einwände zutage, die sich hauptsächlich um seine Geschäftsverbindung mit einer Ostrauer Firma drehten. Diese Geschäftsverbindung eines hohen Beamten aus einem hohen Staatsamt mit einer Privatfirma macht die Sache um nichts appetitlicher. Der Prozeß wurde auf unbestimmte Zeit verlegt, um die in Betracht kommenden Zeugen vorzuladen.

Gerichtssaal.

Spier des Motors.

Die Braut tot — der Bräutigam verurteilt.

Prag, 27. Feber. Der Motorradausflug, den Herr A. mit seiner Braut und deren Freundin am 8. Oktober v. J. nach Lana unternahm, fand einen tragischen Abschluß. Das Motorrad (mit Beiwagen und Sozius) fuhr in Přemow in den Abendstunden dieses Tages auf ein entgegenkommendes Lastauto auf.ämtliche Fahrer des Motorrades wurden zur Erde geschleudert. Die Braut des Führers, Frä. Ludmila S., fand dabei den Tod.

Herr A. wurde des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens (§ 338) angeklagt.

Genossen! Ihr müßt un-
die Verbreitung unserer Zeitung agitieren.
Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, **agitiert**
Genossen u. Genossinnen

